

Frankreich

Die Zahl der Verlierer wächst

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat kürzlich auf ein Bekenntnis gegen den Protektionismus verzichtet. Das ist ein klarer Hinweis darauf, dass die Globalisierung tatsächlich an Attraktivität verliert. In diesem Kontext müssen die Ergebnisse der Wahlen in Frankreich betrachtet werden: Über 46 Prozent der Wähler (wenn man die Ergebnisse von Le Pen, Mélenchon sowie einigen kleinen Kandidaten zusammenrechnet) stimmten im ersten Wahlgang gegen die Globalisierung und für mehr nationalen Schutz.

Selbst wenn eine reelle Chance besteht, dass Le Pen am Sonntag den zweiten Wahlgang gewinnt – die einzige Gemeinde Frankreichs, die seit 1958 durchgängig für den Gewinner stimmte, wählte sie tatsächlich auf den ersten Platz –, ist es wahrscheinlicher, dass Emmanuel Macron der nächste Staatspräsident wird.

Die Medien stellen Macron oft so dar, als ob er und das politische Credo des scheidenden Präsidenten Hollande im Gegensatz zueinander stünden. In Wirklichkeit ist Macron aber deren Resultat. Seine Partei ist eine grosse Neuaufgabe des Mainstream-Sozialismus. Macron wird denselben Weg verfolgen wie Hollande oder die Mitte-Rechts-Regierung vor ihm. Das heisst, seine Politik wird die Franzosen noch stärker gegen die Globalisierung und die Einwanderung aufbringen wie zuvor die Briten. Und die Zahl der Verlierer dürfte zunehmen.

Der Schatten von Chirac und Sarkozy lastete auf Fillon

Macrons versprochene Erweiterung des Sozialstaates, die von Steuererhöhungen finanziert wird, wird für Frankreich keine Lösungen bringen. Die Wirtschaftspolitik der Sozialisten hat ohnehin weder Probleme gelöst noch dringend notwendige Impulse gegeben. Macron und die sozialistische Regierung interpretieren die Stimmung von 46 Prozent der Wähler falsch: Für sie ist



Stéphane Girod
Professor International Business, IMD Lausanne

«Unternehmer müssen für noch unruhigere Zeiten in Europa bereit sein.»

wichtig, dass Frankreich die souveräne Kontrolle wiedererlangt.

Die Politik des unterlegenen bürgerlichen Kandidaten, François Fillon, hätte eine positive Veränderung der Situation beinhaltet, denn sie hätte einen starken Anstieg von Angebot und Nachfrage in Frankreich auslösen können. Letztlich waren die Wähler jedoch skeptisch, möglicherweise aufgrund der Affären. Meiner Ansicht nach aber eher, weil die französischen Wähler all das bereits bei Chirac und Sarkozy miterlebt haben, die mehr wirtschaftliche Freiheit versprochen, aber nichts lieferten.

Deshalb glaube ich nicht, dass diese Wahlen Frankreichs Problem mittelfristig lösen werden. So kann die EU in den kommenden Jahren viel mehr Instabilität erwarten, insbesondere, wenn sie ihre föderalistische Agenda den Staatsbürgern der Mitgliedsstaaten ausdrückt, die diese zunehmend ablehnen. Es lohnt sich ausserdem, das Chaos in den französischen Wahllokalen im Ausland zu betrachten, das zeigt, wie viele Talente und kluge Köpfe Frankreich in den vergangenen Jahren verlassen haben.

Die Ungleichheiten im Westen nehmen laufend zu

Was der Globalisierung in den nächsten Jahren stark schaden wird, ist zudem das Aufkommen starker nationaler Identitäten (bereits vorhanden in Russland, den USA und China). Begleitet wird dieser Trend von beispiellosen Einwanderungszahlen in Europa. Schliesslich nehmen die Ungleichheiten in den westlichen Gesellschaften – nicht nur in Frankreich – laufend zu.

Unternehmen müssen für noch unruhigere Zeiten in Europa bereit sein, egal, wer am 7. Mai in Frankreich gewinnt. Sie müssen mehr denn je darüber nachdenken, wie sie die Globalisierung vor sich selbst retten können, indem sie sie auf eine tragfähigere Grundlage setzen.

MEHRWERT (15)

Bitte keine Angst vor der Nummer 5

VERONIKA BELLONE

Myon ist 1,25 Meter gross, war Opernstar in «My Square Lady» an der Komischen Oper in Berlin und er ist ein humanoider Roboter. Erzeugt wurde er im Labor Neurorobotik der Berliner Beuth-Hochschule. Myon ist ein Sympathieträger. Ähnlich in der Wirkung wie der verkaufsfördernde Roboter Pepper.



Doch wie viel Angst, dass Nummer 5 uns die Arbeit wegnimmt, müssen wir KMU-Unternehmerinnen haben? Ich behaupte: wenig bis gar keine. Als Franchisebetreiberin habe ich täglich mit der Evaluation von Standardisierungsmöglichkeiten zur Effizienzsteigerung und Vervielfältigung von Geschäftskonzepten zu tun. Damit stehe ich der Robotik und künstlichen Intelligenz positiv gegenüber. In der Gastronomie, Hotellerie, im Pflege-, Bildungs- und Beratungsbereich werden schon heute Funktionen von Robotern und Avataren wahrgenommen. Da werden Burger von Roboterhand gewendet und Pizzen beim Startup Zume von

«Repetitive Arbeiten durch Roboter ersetzen.»

Roboter Bruno hergestellt. Botlr, der Roboter-Butler, sorgt in den A-Loft-Hotels für Service rund um die Uhr. Für Entertainment sorgen mechanische Kollegen in den Rollercoaster-Restaurants.

Entscheidend ist, den Einsatz und die Arbeitsbereiche für die involvierten Menschen zu entwickeln. Wo sind die Schnittstellen zwischen Mensch und Maschine? Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit? Welche Arbeitsbereiche erschliessen sich, wo ist der «human touch», der Kontakt von Mensch zu Mensch, obligatorisch ist? Letztlich geht es um eine Balance zwischen Maschinen-Effektivität und -Effizienz einerseits und dem Einsatz des Menschen andererseits, gemessen an der Kundenakzeptanz. Diese lebt gerade im Verkauf und in der Dienstleistung vom Menschen, von Erfahrungen, Anekdoten, Empfehlungen.

Wir müssen uns bewusst machen, wo welche Stärken am besten zum Einsatz kommen und für Mitarbeitende und Geschäftspartner motivierend sind. Gerade der individuelle Freiraum für den Menschen kann sich im Arbeitsprozess entwickeln, wenn repetitive Arbeiten durch Roboter gelöst werden. Das sind durchaus positive Perspektiven.

Veronika Bellone, GF Bellone Franchise Consulting, Professorin für Marketing FHNW, Mitglied Verband Frauenunternehmen.

Steuervorlage 17 Föderale Umsetzung nötig

Die Ausgangslage der Kantone im Hinblick auf die Steuervorlage 17 (SV 17) ist unterschiedlich. Der Anteil der Steuererträge von Unternehmen mit Sonderbesteuerung reicht von 7 bis 9 Prozent in den Kantonen Wallis, Aargau und Thurgau und bis zu über 80 Prozent in den Kantonen Zug, Basel-Stadt und Waadt. Zusätzlich variieren die Gewinnsteuersätze erheblich. Entsprechend unterschiedlich sind die Interessen der einzelnen Kantone.

Kantone sollen bei der neuen Steuervorlage mehr Gewicht erhalten

Die Kantone haben in der Vergangenheit immer wieder bewiesen, dass sie auf die sehr unterschiedliche Wirtschaftsstruktur und die divergierenden Herausforderungen die jeweils angemessenste Lösung finden. Der Bund soll daher beim Nachfolgeprojekt für die gescheiterte Unternehmenssteuerreform III lediglich eine schlanke Rahmengesetzgebung vorgeben.

Das entsprechende Bundesgesetz soll die Kantone verpflichten, die OECD-Konformität bis zu einem bestimmten Zeitpunkt umzusetzen, und die zur Wahl stehenden Instrumente definieren. Im Weiteren soll es den maximalen Steuerrabatt aus den geplanten neuen Instrumenten auf höchstens 50 Prozent begrenzen. Schliesslich soll auch die Erhöhung der Anteile der Kantone an der direkten Bundessteuer geregelt werden. Die Kantone sollen dabei frei bestimmen können, welche



«Die Dividendenbesteuerung ist für die Familienunternehmen zentral.»

Hansjörg Bertschy
CEO Bertschi AG, Vorstand Swiss Family Business

konkreten Massnahmen sie umsetzen und auf welche sie verzichten wollen.

Zentral für Familienunternehmen ist die künftige Dividendenbesteuerung. Eine Senkung der Gewinnsteuern auf Bundesebene ist nicht Teil der SV 17. Es ist deshalb nicht ersichtlich, weshalb über eine Erhöhung der Teilbesteuerung von Dividendenerträgen natürlicher Personen auf Bundesebene diskutiert werden soll. Aus Unternehmersicht kann eine Diskussion über etwaige Anpassungen der Dividendenbesteuerung nur in den Kantonen geführt werden. Diese handhaben die Dividendenbesteuerung aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslagen heute sehr verschieden. Zudem gilt es, die Finanz- und Steuerautonomie der Kantone zu respektieren. Das Vorschreiben einer kantonalen Mindestbesteuerung der Dividenden durch den Bund verletzt die Tarifautonomie der Kantone und ist verfassungswidrig, da es sich um eine materielle Steuerharmonisierung handelt. Die Teilbesteuerung der Dividen-

den ist für Familienunternehmen elementar, um die wirtschaftliche Doppelbelastung von Gewinn und Dividenden zu lindern. Die meisten mittleren und grösseren Familienunternehmen richten eine Dividende aus, damit die Inhaber die anfallenden Vermögenssteuern zahlen können. Wird die Dividendenbesteuerung erhöht, müssen die Familienunternehmen letztlich mehr Geld ausschütten, um die Vermögenssteuern zahlen zu können. Die Gefahr ist gross, dass dies auf Kosten der Substanz des Unternehmens geschieht.

Keine Mehrbelastung für KMU

Swiss Family Business, eine Vereinigung von mehr als 300 mittleren und grossen privaten Familienunternehmen, wird sich dagegen zur Wehr setzen, sollte aus der SV17 eine höhere Besteuerung für Familienunternehmen und KMU resultieren.

DIALOG



HZ Nr. 17 27.4.2017

«US-Kongress einigt sich in letzter Minute auf Budget»
US-Präsident Donald Trump wird immer noch nicht richtig verstanden. Er ist ganz einfach Realist. Dazu Opportunist. Das hat ihn im «Business» nach oben gebracht. Das hat ihn die Wahl sehr clever und mit überschaubarem Budget gewinnen lassen und das wird ihn auch zu einem guten Präsidenten machen. Anstatt Feindbilder und Panik zu schüren,

sollte man anfangen, seine Wahl und deren Konsequenzen mal realistisch zu betrachten.
B. Kerzenmacher

Dann können Moody's, S&P und Fitch die USA schon bald auf Ramschniveau herabstufen. Bei gewissen Ländern sind sie jedenfalls fleissig und sofort zur Stelle. Bei den USA dürfen sie das nicht! Gibt eine Strafe in Milliardenhöhe.
Paul König



HZ Nr. 17 27.4.2017

«Alexa und Siri erneuern das Marketing»
Digitale Assistenten: Nutzer wird zu 100 Prozent fremdgesteuert. Routine statt eigene Meinung/ Erfahrung – hoher Preis: und sein Zweck?
Esther Niffenegger @esther_niffenegger

HZ Nr. 17 27.4.2017
«Wie Social Recruiting den Arbeitsmarkt ändert»
@Handelszeitung Das #Alter ist das Einzige, was

die Arbeitnehmenden nicht ändern können
#aging #jobs #employer-branding #socialrecruiting
Francesca Romano @CessyRomano

HZ Nr. 16 20.4.2017
«Manuel Gerres digitalisiert die Deutsche Bahn»
Die Möglichkeit, 30 Millionen pro Jahr zu investieren? Gratulation!
Andreas Bossard @Andreas Bossard



HZ Nr. 17 27.4.2017

«Der Zug für Bezahllösung Twint ist abgefahren»
Nur Bares ist Wahres. Ich boykottiere diese Technologie.
Adrian Heid

Dem ist nichts hinzuzufügen – einziger Trumpf von Twint könnte noch sein, dass es mit Debitkarten funktioniert. Bei Herrn und Frau Schweizer teilweise immer noch beliebter, da keine Überraschungen am Monats-

ende. Doch das ist ein schwacher Unique Selling Point.
Thomas Lang

HZ Nr. 17 27.4.2017
«CS-Chefetage sorgt mit Löhnen für rote Köpfe»
Als Unternehmer und Mitglied von zwei Verwaltungsräten ist es mir schon ein grosses Rätsel, wie man einen Anspruch auf Bonus bei einer derart miesen Geschäftslage verlangen kann. Das System ist mehr als krank. Es liegt im Sterben.
Adrian Schaffner

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle:

E-Mail: redaktion@handelszeitung.ch
Twitter: twitter.com/handelszeitung
Facebook: facebook.com/handelszeitung
Online: Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel